

# Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag bei C. Koch'schen Buchhandlung, Obertor 2, Straßburg. Für die Schriftleitung verantwortlich: E. Strödel in Straßburg.

### Anzeigerpreis

Die einsp. Zeile oder deren Raum im Bez. 20, außerh. 25 f. wöchentlich. 50 f. mit Anzeiger. Kollekt. Anzeigen 100%, Zuschlag. Offerte u. Auskunftsverteilung 20 f. Bei groß. Aufträgen Rabatt, der im Falle des Nachverfahrens hinfällig wird, ebenso wenn Zahlung nicht innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt. Bei Tarifänderungen treten sofort alle früh. Vereinbarungen außer Kraft.

Rechtsanwalt für beide Teile: Neuenbürg. Für tel. Nachr. wird keine Gewähr übernommen.

**Bezugspreis:**  
Monatlich in Neuenbürg M. 1.50. Durch die Post im Orts- und Oberamtsbezirk, sowie im In- und Ausland, M. 1.80 m. Postfrei. Preis 10 f. für eine Nummer.

In Fällen hoh. Gewalt besteht kein Anspruch auf Befreiung der Zeitung od. auf Rückerstattung des Bezugspreises.

Bestellungen nehmen alle Poststellen sowie Agenturen u. Austrägerinnen jederzeit entgegen.

Fernsprecher Nr. 4.

Post-Rote Nr. 24  
D. V. - Anzeiger-Verlag.

Nr. 137.

Donnerstag, den 16. Juni 1927.

85. Jahrgang.

## Deutschland.

**Dresden, 15. Juni.** In der gestrigen Sitzung des Landtags teilte der kommunistische Abgeordnete Böttcher mit, daß seine Fraktion einen Antrag auf Auflösung des Landtags eingebracht habe. Weiter liegt ein Misstrauensantrag der Sozialdemokraten gegen den Ministerpräsidenten Heldt vor. Beide Anträge sollen nächsten Donnerstag zur Beratung kommen.

**Berlin, 15. Juni.** Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion plant, wie nimmehr der Vorwärts bestätigt, den bereits im Jahre 1922 von den Weimarer Koalitionsparteien vorgelegten Antrag auf Festlegung des 11. August als Nationalfeiertag wieder anzunehmen. Der Antrag dürfte schon in den nächsten Tagen im Reichstag eingebracht werden. Vorher wollen die Sozialdemokraten mit den anderen Parteien Abklärung nehmen. — Am Reichstag teilte gestern Präsident Ebert mit, daß er im Falle Grüttes Verzicht der Amtsführung zum Zwecke der Angehörigen der Reichswehr keine mangels tatsächlicher Beweise außer Verfolgung gesetzt worden ist.

### Zur Einführung des achten Schuljahres.

**Stuttgart, 14. Juni.** Nach einer Beratung des Kultusministeriums zum Vorschlag des Schulgesetzes vom 7. Mai 1927, wonach die achtjährige Schulpflicht vom Frühjahr 1928 ab durchzuführen ist, können einzelne Gemeinden auf Antrag die Erleichterung erhalten, die Durchführung der achtjährigen Schulpflicht in ihrer Volksschule zu verschieben. Solche Gesuche werden nur dann genehmigt, wenn die Gemeinden nachweisen, daß die Durchführung der achtjährigen Schulpflicht im Frühjahr 1928 sie oder ihre Einwohner in eine bedrängte Lage bringen würde. Vor der Beratung der Frage im Gemeinderat hat der Ortschulrat Stellung zu nehmen. Die Beschlüsse des Ortschulrats und des Gemeinderats sind dem Gesuch als Beilagen anzuschließen. Wo Schulen verschiedener Glaubensbekenntnisse bestehen, hat jeder Ortschulrat über den beabsichtigten Antrag Bescheid zu fassen, sofern nicht eine gemeinsame Beratung und Beschlußfassung der Ortschulräte stattfindet. In die Begründung des Beschlusses des Ortschulrats ist eine Angabe darüber aufzunehmen, wie viele Kinder, auch ohne die allgemeine Durchführung der achtjährigen Schulpflicht, mit Beginn des Schuljahres 1928/29 in das achte Schuljahr einzutreten haben, weil sie vorzeitig, d. h. vor Vollendung des 6. Lebensjahres, in die Schule gekommen sind. Das Gesuch ist samt den Beilagen dem Oberamt vorzulegen. Dieses äußert sich über die finanzielle und wirtschaftliche Lage der Gemeinde. Das gemeindefachliche Oberamt in Schulfachen legt die aus seinem Amtsbereich kommenden Anträge gesammelt dem Oberschulrat zur Weiterleitung an das Kultusministerium vor. Die Anträge müssen spätestens am 1. Oktober 1927 bei dem Oberamt, am 15. Oktober 1927 bei den Oberschulräten eingebracht werden. Später einkommende Anträge können nicht auf Berücksichtigung rechnen. Wo kein Gesuch eingereicht oder das eingereichte Gesuch abgelehnt wird, tritt die achtjährige Schulpflicht ohne Einschränkung mit Beginn des Schuljahres 1928/29 in Kraft.

### Tagung des Verbands Württ. Industrieller.

**Stuttgart, 15. Juni.** Der Verband Württ. Industrieller hielt hier gestern seine Mitgliederversammlung ab. Nachmittags sprach Direktor Karl Lange-Berlin über die Probleme der deutschen Fertigungsindustrie und die Ergebnisse der Weltwirtschaftskonferenz, ferner Senatspräsident am Reichsfinanzhof Dr. Becker über die nächsten Aufgaben der Reichsfinanzverwaltung, insbesondere die Reichssteuerregelung für die Realsteuer. Es wurde folgende Entschliessung angenommen: Die Mitgliederversammlung begrüßt den Entschluß der Reichsregierung, die von der deutschen Wirtschaft seit langem geforderte rechtsrechtliche Regelung der Realsteuer vorzunehmen. Diese Regelung muß möglichst eingehend sein und eine ausreichende Entlastung der weit überlasteten Gewerbesteuerlast, eine größere Gleichmäßigkeit der Gewerbesteuerbelastung im ganzen Reich, sowie die Begrenzung der Gewerbesteuer durch bindende Höchstsätze sicherstellen. Darüber hinaus ist zu fordern, daß durch die rechtsrechtliche Regelung die Gewerbesteuer vor allem an die im Vertrag zum Ausdruck kommende steuerliche Leistungsfähigkeit angepaßt und dabei jede Doppelbesteuerung sowohl von Seiten des gewerblichen Betriebsbetriebs als auch des persönlichen Arbeitsvertrages des Unternehmers vermieden wird, sowie daß die neuen Gesetze eine Vereinfachung des Verfahrens mit dem Ziel des Einheitssteuersystems bringen.

### Abzug der französischen Truppen aus dem Saargebiet.

**Saarbrücken, 14. Juni.** Amtlich wird bekanntgegeben: „In Ausführung des Beschlusses des Völkervertrages vom 12. 2. 1927, der für den Abzug der französischen Truppen aus dem Saargebiet und die Aufstellung einer Bahnwachtruppe von höchstens 800 Mann eine Frist von drei Monaten stellt, ist das Saargebiet am 10. Juni, also terminmäßig, geräumt worden. Im Saargebiet befinden sich jetzt nur noch 800 Mann Bahnwachtruppe, vorläufig noch ausschließlich Franzosen. Noch im Laufe dieses Monats werden aber 200 Franzosen zurückgezogen und durch 120 Engländer und 80 Belgier ersetzt werden, jedoch der internationale Charakter der Bahnwachtruppe gewahrt ist.“

### Die Anhaltreise des Reichspräsidenten.

**Börlitz, 14. Juni.** Um 4.30 Uhr traf Reichspräsident von Hindenburg in Begleitung des anhaltischen Ministerpräsidenten im Auto vor dem Schloß Börlitz ein. Eine große Menschenmenge hatte sich in dem Städtchen und dem herrlichen Park eingefunden. Nach herzlicher Begrüßung durch den Vorsitzenden der anhaltischen Kulturanstalt und den Bürgermeister fand eine Besichtigung des Schlosses statt. Ein Waldhorn-Quartett erfreute den Reichspräsidenten. Um 5 Uhr erfolgte die Weiterfahrt nach Schloß Oranienbaum. Schloß und Vereine bildeten Spektakel in allen festlich geschmückten Orten, die der Reichspräsident unter dem Jubel der Bevölkerung durchfuhr. Im Schloß Oranienbaum wurde der Tee eingenommen. Schloßdirektor und Bürgermeister entboten den Willkommensgruß. Die Schulkinder und die Jünglinge der Kinderheimstätten, bei deren Einweihung vor 20 Jahren Hindenburg als Magdeburger Fortkommandeur mit zugegen war, tanzten einen Reigen, während ein Quartett des Dehauer Theaters einen Soli spielte. Der

Reichspräsident begrüßte die anwesenden Veteranen und zog einige von ihnen ins Geviert. Dann erfolgte die Weiterfahrt nach Dessau, wo Hindenburg um 6.30 Uhr eintraf.

### Eine Rheinland-Rundreise.

**Berlin, 16. Juni.** Der Reichsverband der Rheinländer, die Vereinigten Landmannschaften Eupen, Namur, Moresnet, die Rheinische Frauenliga, der Saarverein, der Verein der Pfälzer und der Bund Deutscher Rhein, haben eine Entschliessung angenommen, in der es heißt: „Die im Besonderen für Rhein, Saar und Mosel vereinigten landmannschaftlichen Verbände des besetzten Westens sind mit steigender innerer Erregung dem französischen Pressefeldzug gefolgt, der gegen die Rheinlande der Rheinlande betrieben wird. Wir wenden uns mit voller Schärfe gegen dieses die Verständigungspolitik ernst gefährdende Treiben. Wir fordern gerade im Interesse des Verständigungsgedankens die sofortige Räumung des gesamten besetzten Westens als die selbstverständliche Folgerung aus den grundlegenden Vereinbarungen von Locarno und auf Grund des Artikels 431 des Versailler Vertrages, sowie auf Grund der bekannten Erklärungen von Clemenceau, Lloyd George und Wilson vom 16. Juni 1919 über die Notwendigkeit einer früheren Räumung. Auf das entscheidende Lehnen wir jegliche weitere Beeinträchtigung der deutschen Souveränität am Rhein ab. Wir wissen uns mit den Brüdern und Schwestern am Rhein einig, wenn wir laut bekennen: Keine neuen Ketten, keine dauernde Rechtsminderung als Weggeld für die vorübergehende Besetzung!“

### Stapelhaus des Schulschiffes „Deutschland“.

**Bremerhaven, 14. Juni.** Heute mittag wurde auf der reich geschmückten Tecklenburgwerft in Bremerhaven das neue Schulschiff des Deutschen Schulschiffvereins im Weissen zahlreicher Ehrengäste vom Stapel gelassen. In seiner Laudatio wies Reichswehrminister Koch auf die hohe Bestimmung des neuen Schiffes hin. Den jungen Seeleuten sollte es als beste Berufsberatung dienen. Dem Deutschen Schulschiffverein stelle es das Zeugnis aus, daß er, trotzdem ihm der Zusammenbruch der deutschen Seemacht zwei Schulschiffe geraubt habe, unbeeinträchtigt am Wiederaufbau Deutschlands mitarbeitete. Frau Präsidentin Deineden dankte darauf das Schiff auf den Namen „Deutschland“. Unter den druckenden Gurrufen einer zahlreichen Zuschauermenge glitt darauf die „Deutschland“ in das Wasser.

## Ausland.

**Genf, 15. Juni.** In Genf wird ein europäischer Protest gegen die Sowjetpropaganda vorbereitet.

**Rom, 15. Juni.** In der römischen „Stampa“ wird das Märchen von einem deutsch-russischen Militärbündnis wieder aufgewärmt.

**Paris, 15. Juni.** Die Pariser Presse betrachtet die Entschliessung der Regierung als erledigt und äußert sich entgegenkommend in der Berichterstattung.

### Die französische Heeresreform.

**Paris, 15. Juni.** Die Kammer setzte gestern die allgemeine Beratung des Heeresgesetzes über die allgemeine Organisierung des Heeres fort. Als erster Redner verzeichnete der sozialistische Abgeordnete Renaudel seinen Gegenentwurf, der die Zustimmung sämtlicher sozialistischer Abgeordneter gefunden hat. Kriegsminister Painlevé bekräftigte diesen Entwurf und erklärte, mit dem Entwurf der Regierung könne man alle notwendigen Vorsichtsmaßnahmen treffen und eine oder mehrere Jahresklassen mobilisieren, um für jede Eventualität gerüstet zu sein. Mit dem Entwurf Renaudels würde man im allergünstigsten Falle etwa 60 000 Mann zusammenbringen, mit dem System, das die Regierung vorschlägt, jedoch sofort 20-30 Divisionen aufstellen können. Der Kriegsminister lehnte deshalb den Antrag Renaudels ab. Nach kurzer Debatte wurde der Entwurf Renaudels mit 303 gegen 116 Stimmen abgelehnt.

### Moskaus Nervosität wächst.

**Moskau, 14. Juni.** Wie aus Moskau gemeldet wird, ist die Pressezensur in den letzten Tagen außerordentlich verschärft worden. Privattelegramme werden überhaupt nicht mehr durchgelassen. Eine amtliche Bestätigung der Ermordung Tarzows war bisher nicht zu erlangen. Tzarow soll derselben Organisation zum Opfer gefallen sein, die in Leningrad das Bombenattentat verübte und zwar durch eine Verwechslung. Unverkennbar soll die Ermordung Tarzows, des stellvertretenden Handelskommissars, geplant gewesen sein. Die Stimmung in Moskau ist weiterhin überaus nervös. Bei den Verdigungsfeierlichkeiten für Tarzow fielen allgemein die außergewöhnlich harten Schutzmaßnahmen für die Mitglieder der Regierung auf. Am Tage der Verdigung wurden zahlreiche Verhaftungen in Moskau und Leningrad vorgenommen, angeblich auch von Mitgliedern des Handelskommissariats. Es wird mit der Wahrscheinlichkeit gerechnet, daß über Moskau und Leningrad der Belagerungsstand verhängt wird. Der Terror in Zentralrussland besteht fort. Die G.P.U. gibt bekannt, daß im Falle neuer Attentate weitere 25 Gefellen erschossen werden sollen. In der Republik Kirgisien kam es in den letzten Tagen wiederholt zu Zusammenstößen zwischen der Bevölkerung und roten Truppen. Ueber Kirgisien wurde der Kriegszustand verhängt.

### Über die Oceanflugpläne.

**New York, 14. Juni.** „Associated Press“ erzählt in dem bevorstehenden Europaflug über, daß dieser beabsichtigt, einen Rundflug auszuführen. Er wird zunächst nach Paris fliegen, dort ein paar Stunden sich aufhalten und dann über den Kontinent und England nach New York zurückfliegen. Das Flugzeug, das den Namen „Amerigo“ trägt, ist ein mit drei Wright-Motoren ausgerüsteter Fünfdecker. Der Pilot ist Nicola in Aussicht genommen, der vor einiger Zeit mit Chamberlain zusammen einen Dauerflug auf sich hat. Der Ausflug soll erfolgen, wenn die Wetterberichte günstig sind.

### Aus Stadt und Bezirk.

— Bei der im Frühjahr 1927 abgehaltenen zweiten Dienstprüfung für das höhere Lehramt an Gewerbeschulen ist u. a.

für befähigt erklärt worden: Reile, Adolf von Stuttgart, s. 3. in Neuenbürg.

**Neuenbürg, 16. Juni.** In einer achtstündigen Dauerung von vormittags 8 Uhr bis nachmittags 4 Uhr beriet gestern im Rathsaal unter Vorsitz von Oberamtmann Lemp die Amtsammlung über die in den letzten Tagen des Bezirks und der Bezirksgemeinden. Nach einem herzlichen Willkommen an die vollzählig anwesenden 26 Abgeordneten und die weiteren Teilnehmer an der Versammlung gab die Vorsitzende in ehrenvollen Worten des nach nur einjähriger Amtstätigkeit verstorbenen Schultheißen Bayer-Schwarzenberg, eines ruhigen, besonnenen und tatkräftigen Beamten, dessen Andenken in üblicher Weise geehrt wurde. Am 1. April d. J. wurden die Gemeinden Ober- und Unterneibelsbach zu einer Gemeinde Neibelsbach vereinigt; der Vorsitzende gab dem Wunsch Ausdruck, diese Vereinigung möge beiden Gemeinden zum Segen gereichen.

Zu Punkt 1 der Tagesordnung, Anerkennung der Beitragspflicht der Amtsdienstleistungen für verlassene Straßensprekationen bemerkte der Vorsitzende einleitend, daß er die Gründe angehen werde, warum die betr. Gemeinden zu diesen Straßensprekationen kamen und die Kosten in einzelnen vorträge unter gleichzeitiger Mitteilung des Gesamtaufwands, wie dieser auf die beteiligten Gemeinden und die Amtsdienstleistungen entfallen. Die Vorlage wurde häufig und eingehend von dem Bezirksrat vorberaten, grundlegende Berechnungen zwischen den beteiligten Faktoren gingen voran. Die Anpassung der Verkehrsstrahlen an die heutigen Anforderungen sei ein Problem, das allseitig eingehend und tiefgründig erörtert werde von Wissenschaftlern und Praktikern. Es sei unbestritten, daß die öffentlichen Körperschaften in ihrem eigenen Interesse ihre Straßen so anbauen müssen, daß sie den heutigen gesteigerten Verkehrsverhältnissen entsprechen. Einmütig habe der Bezirksrat auf dem Standpunkt, daß das deutsche Volk heute nicht in der Lage sei, durchgreifende Verbesserungen vorzunehmen; das wäre unverantwortlich, es müßten vielmehr einzelne Straßen vorgenommen und deren Ausbau entsprechend durchgeführt werden. Die Amtsdienstleistungen habe sich schon in ihrer letzten Sitzung am 20. Juni 1926 mit diesem Problem beschäftigt in der Erkenntnis, daß auch unter Bezirk, der ein Bezirk des Fremdenverkehrs ist, Anlaß habe, die Straßen zu verbessern. Eine größere Zahl von Straßenzügen wurde damals als forschungsbedürftig erklärt und eine Reihe derselben in dem Sinne bezeichnet, daß eine Verbesserung derselben im Laufe der nächsten Jahre anzustreben ist. In der Zwischenzeit seien einige weitere Projekte angefallen. Der Bezirk habe allen Anlaß, vorwärts zu schreiten und nicht stille zu stehen, um im Rahmen des Möglichen die Möglichkeiten zu heben. In bedeuten sei, daß wir in einer Zeit der Erwerbslosigkeit und der wirtschaftlichen Not leben, die sich in unserem Bezirk besonders fühlbar mache; Pflicht der öffentlichen Körperschaften sei es, so weit wie nur möglich Arbeit zur Verfügung zu stellen, um der Arbeitslosigkeit zu steuern. Wenn man an diese Straßensprekationen herantrete, müsse man sich eines vor Augen halten, nämlich daß die dafür gemachten Ausgaben keine reinen Ausgaben seien, sondern daß sie eine Befruchtung der Wirtschaft des Bezirks darstellen und ganz erhebliche Summen aus dem auswärts, von Staat und sonstigen Behörden durch Beiträge in den Bezirk hereinfließen. So betrage die Summe, welche bei den im Vorjahr beschlossenen vier Projekten von auswärts in den Bezirk hereinfließen, 171 000 M. Nach den angefertigten Berechnungen komme für die neuen Projekte eine Summe von 775 000 M. in Betracht, die von auswärts in den Bezirk hereinfließen. Der Bezirksrat habe noch eingehenden Beratungen beschlossen, bei der Amtsdienstleistungen zu beantragen, als dringlich eine Reihe von Neubauten bzw. Verbesserungen von Straßen anzuerkennen. Die grundsätzliche Zustimmung zur Beschaffung im Falle ihrer Durchführung als Notstandsarbeit zu erteilen und den Bezirksrat zu ermächtigen, bei den in Betracht kommenden Projekten den jagungsgemäßen Beitrag von 1/4 der Kaufkosten abzüglich der Zuschüsse aus Mitteln der Erwerbslosenfürsorge unter Jährungsleistung der für die Berechnung des Staatsbeitrags maßgebenden Vorkostensumme bis zu einem Gesamtbetrag von 300 000 M. für die in den Jahren 1926 und 1927 beschlossenen Projekte und bis zu einer Mehrbelastung des jährlichen Haushalts von 20 000 M. zu verwilligen, sobald die Pläne und Kostenvorschläge vorliegen und die Zustimmung des Bezirksrats gefunden haben. Der Vorsitzende ging sodann näher auf die einzelnen Projekte ein, indem er die Länge derselben, die Bahnbahnbreite, Zeilungsverhältnisse, den gesamten Kostenpunkt und lenen, wie er auf die Gemeinden und die Amtsdienstleistungen entfällt, unter gleichzeitiger Erwähnung der Zuschüsse von Staat und Staatsförverwaltung bekanntgab. Es sind dies folgende Projekte:

1. Neuenbürg—Unterriedenbach (zwischen Großfeld und Engelsbrand).
2. Neuenbürg—Liebenzell (zwischen Waldrennack und Langbrand).
3. Zufahrtstraße zum Bahnhof Rotenbach von der Staatsstraße nach Döbel.
4. Schwann—Derrnack (von der Straßentrennung westlich der Seelackwiesen über Kenja—Kotenack nach Derrnack).
5. Schwann—bzw. Conweiler—Feldrennack—Ittersbach.
6. Kleinenackstraße—Kiegerswiesen.
7. Gräbenhausen—Kiegerswiesen.

Bezüglich der Kleinenackstraße soll der Beschluß des Bezirksrats an die Bedingung geknüpft werden, daß der Unterhaltstrag der Staatsförverwaltung, weil auf einer Sonderabmachung in Calmbach beruhend, nicht auf den der Amtsdienstleistungen jeweils zukommenden Staatsbeitrag zur Unterhaltung der Nachbarschaftsstraßen angerechnet werden darf, sowie daß die Staatsförverwaltung der Amtsdienstleistungen Neuenbürg für etwaige Ausfälle bei der Einziehung der Anteile an der Unterhaltungskosten haftet.

In den einzelnen Projekten nahmen die Vertreter der beteiligten Gemeinden Stellung, die im allgemeinen als verbesserungsbedürftig, teilweise als dringend verbesserungsbedürftig be-



zeichnet wurden. Mit Ausnahme des Vertreters von Langenbrunn, der die Erklärung abgab, daß der Gemeinderat keine Einwendungen mache, sich aber mangels an Mitteln an den auf die Gemeinde entfallenden Kosten nicht beteiligen könne, gaben die anderen Vertreter die Erklärung ab, sich an den Kosten, soweit sie ihre Gemeinden betreffen, zu beteiligen.

In diese Erklärung schloß sich eine Aussprache, an welcher sich außer dem Vorsitzenden folgende Mitglieder der Amtsversammlung bzw. Teilnehmer derselben beteiligten: Stadtschultheiß Wagner-Bübbad, Stadtschultheiß Grub-Derrnald, Oberamtspfleger Kähler, Bezirksratsmitglied Bedt-Birkenfeld, Schultheiß Feldweg-Höfen, Gemeinderäte Großmann und Huber-Höfen, Stadtschultheiß Knodel-Neuenbürg, Gemeinderat Hartmann-Neuenbürg, Schultheiß Reim-Vossenau, Schultheiß Hajzer-Birkenfeld, Gemeinderat Kähler-Gainbach, Schultheiß Derrmann-Schönberg. In der über zwei Stunden sich hinziehenden gründlichen Aussprache kamen die verschiedensten Aufstellungen zum Ausdruck. Neben aller Anerkennung des Korrektionsbedarfes der verschiedenen Straßentrecken wurde wiederholt auf die schwierige Wirtschaftslage hingewiesen, die neue Steuern dem unter der hohen Steuerlast schwer tragenden gewerblichen Mittelstand wie der Industrie aufzulegen verbiete; es wurde angeführt, daß die Steuerlast von Mittelstand und Kleingewerbe im Vergleich zur Vorkriegszeit das 6-7fache betrage. Andererseits wurde mit demselben Nachdruck hervorgehoben, daß es Pflicht der öffentlichen Körperschaften sei, der Arbeitslosigkeit, die unweilich noch längere Zeit anhalten werde, durch Verdienstmöglichkeit zu wehren, indem Arbeitsstellen geschaffen werden, welche die Wirtschaft befruchten, außerdem wurde darauf hingewiesen, daß durch Erhalt von Staatsverträgen Gelegenheit gegeben sei, im Laufe der Jahre eine Verbesserung der in Betracht kommenden Straßentrecken zu ermöglichen. Stadtschultheiß Wagner-Bübbad machte Bedenken geltend gegen die en bloc-Aannahme der Projekte mit Rücksicht auf die ungemein hohe finanzielle Belastung und stellte den Antrag, die Beschlußfassung zurückzustellen, bis Pläne und Kostenanschläge vorliegen und von der Amtsversammlung geprüft sind; er wollte im besonderen seinen Antrag als Geschäftsordnungsantrag in dem Sinne aufgestellt wissen, daß über Punkt 1 der Tagesordnung heute keine endgültige Beschlußfassung erfolgen solle. Schultheiß Feldweg-Höfen beantragte besondere Abstimmlung über jedes einzelne Projekt unter gleichzeitiger Festlegung einer besonderen Summe als Höchstsumme. Nach mehr denn zweistündiger Aussprache wurde der Antrag Wagner mit 18 gegen 8 Stimmen abgelehnt und hierauf der Antrag des Bezirksrats mit 18 gegen 8 Stimmen angenommen; damit wurde der Antrag Feldweg hinfällig.

Die Amtsversammlung hat im Vorjahr beschlossen, die Mittel für die Beiträge der Amtskörperschaft zu den von ihr genehmigten Straßentrecken und Verbesserungen durch Schuldannahme zu beschaffen. Der Bezirksrat hat die Aufnahme einer Schuldsumme von 300 000 Mark beschlossen und hiervon zunächst den Betrag von 120 000 Mark als festes Darlehen zur Deckung der Abschlagszahlungen auf die bereits bewilligten Rückzahlungen für die in der letzten Amtsversammlung bewilligten Projekte bei der Oberamtsparfasse aufgenommen. Die Amtsversammlung beschloß, zur Deckung der Aufwendungen der Amtskörperschaft für die von der Amtsversammlung vom 2. Juni 1928 und heute genehmigten Beiträge zum Bau und zur Verbesserung von Radfahrstraßen eine Schuld bis zum Betrag von 300 000 Mark aufzunehmen und den Bezirksrat zur Darlehensaufnahme in ermächtigter Weise zu beauftragen.

### Billige Bezugsquelle für Trikotagen

Einsatzhemden, Unterjacken, Unterhosen, Damenjacken, Damenhemden, Hemdhosen, Turnhosen u. Schlupfhosen.

**Fritz Schumacher**

Pforzheim, Inh. Max Schumacher, Leopoldstr. 1  
PS. Mein Geschäft ist durchgehend geöffnet.

**Herzog Damen-Hüte**

Pforzheim, Westl. 29

zu bedeutend herabgesetzten Preisen.

## Vom Leben gehetzt

Roman von J. Schneider-Foersil

Urheberrechtsschutz 1926 durch Verlag Oskar Meißner, Weidau

(35. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

„Leidend nicht gerade, Herr Doktor! — Aber sie war sehr ruhig und sehr blaß und hat mir einmal gesagt, daß sie sich fürchtet vor den Menschen und nur ihrem Bruder zuliebe das Leben weiter ertrage.“

„Und von mir? — Von mir, Fischer? — Hat sie da nie zu Ihnen gesprochen?“

„Rein! — das heißt — ein einziges Mal, das war damals, als ich sie aus dem Haus der Geheimrätin holte, da sagte sie in der ersten fürchterlichen Aufregung, nun müsse sie sich zeitweilig vor Ihnen verstecken, denn dieser Mensch, der junge Ringberg, habe sie geflüßt und im Arm gehalten, und sie wüßten ihr sicher nie glauben, daß sie daran keine Schuld trage.“

„Haben Sie ihr denn das nicht ausgeredet?“ fragte der Doktor.

„Sie wollte mir's ja nicht glauben, als ich ihr sagte, Sie würden das schon verstehen, und sie sollte sich deswegen nicht so hinuntergrümen. — Wenn ich ihr nur geschwieben hätte, wie ich hierhergekommen bin, sie hätte mir sicher gemurmelt, und ich könnte Ihnen nun sagen, wo sie sich aufhält.“

Sanders nickte gedankenverloren und zog das Thermometer aus Martens Achselhöhle.

„Ganz minimal!“ sagte er zufrieden. „In ein paar Tagen ist alles erledigt! Sie brauchen auch keine Sorge mehr zu haben. Sie dürfen bleiben, hat mein Onkel gesagt.“

„Freut Sie das?“

„Ja! — Ich danke Ihnen, Herr Doktor!“

Zwei schmale, noch fieberheiße Hände griffen nach den Fingern Sanders und zogen sie an die Lippen. Der Doktor schloß die Augen und zitterte.

„Nicht aufregen!“ befahl er freundlich. „Ein andermal wollen wir beide vorsichtiger sein, daß uns so etwas nie wieder passiert.“ — Er schaute vor dem Mittagisch schon noch-

mal nach Ihnen! — Soll ich Ihnen jetzt die Anne für ein paar Minuten schicken?“

„Rein!“ kam es rasch.

Sanders sah ihn verwundert an, streich ihm die Decke glatt und nickte ihm unter der Tür nochmals zu.

Der junge Mensch war zweifellos aus einem ganzen Konglomerat von Widersprüchen zusammengesetzt. Bisher leicht war er mit seinem Wollen und Fühlen sich selbst das allergrößte Rätsel. — Nur wissen, was es mit diesem Quonki für eine Bewandnis hatte! Umsonst griff dieser so oft so gute Mensch sicher nicht zu einer Lüge. Umsonst spielte er auch in seinen Fieberträumen keine Rollen.

Wiesleicht glückte es ihm, über kurz oder lang das Dunkel zu lüften.

Er ertappte sich dabei, wie aus diesem Mißtrauen, das sich nun einmal bei ihm eingeschlichen hatte, immer wieder Sympathie zu dem jungen Menschen emporwuchs.

Wenn er zu Quonki hinüberfuhr, wie der Onkel geraten hatte! Wiesleicht morgen schon! — In drei Stunden eilt er die Strecke spielend. Wenn er nachmittags frühzeitig von Eck wegkam, konnte er am Abend wieder zu Hause sein.

Guten blickte sein Vorhaben ohne weiteres.

Ehe er am nächsten Tage wegritt, sah er noch einmal nach Martens, der bereits wieder in seinem Bette aufrecht lag.

„Ich komme nicht mehr vor abend.“ sagte er und beobachtete ihn scharf. „Ich reite nach Falkenberg, um Herrn Quonki einen Besuch zu machen!“

„Ein Judek ging über das bloße Gesicht des Kranken. Langsam begann es sich mit seiner Rute zu färbeln.“

„Quonki!“ rief er heraus. — „Was wollen Sie bei Quonki?“

„Ich bel ihm nach meiner Braut erkundigen!“

„Er wird Sie belügen, Herr Doktor!“

„Woher wissen Sie das?“

„Weil — — ich ihn kenne!“

„Sie kennen ihn?“ sagte der Doktor brüsk. — „Vorgestern abend behaupteten Sie, Sie kennen ihn nicht!“

„Ja!“

„Sie haben mich belogen!“

„Ja!“

„Weshalb?“

## Lederwaren



Oberamtsparfasse schuldet und vom 1. Jan. 1927 an mit 5 Prozent zu verzinsen sind. Umgekehrt hat die Oberamtsparfasse Sparanlagen bei der Oberamtsparfasse in Höhe von Goldmark 61 336,07, aufgewertet betragen dieselben Mark 12 231,78. Die Amtsversammlung erteilt hieru ihre Zustimmung.

Ueber die Aufwertung von Sparanlagen durch die Oberamtsparfasse berichtete Verwalter Kähler wie folgt:

Die gesetzlichen Bestimmungen für die Aufwertung der Sparanlagen bei den öffentlichen Sparkassen liegen nun vollständig vor. Die Einlagen sind mit 12 1/2 Prozent ihres Goldmarkwertes aufzuwerten. Wird die Teilungsmasse der Sparfasse, d. h. alle Beträge, die der Sparkasse aus der Aufwertung ihrer Markforderungen zuzuführen, durch diese 12 1/2 Prozent nicht voll in Anspruch genommen, so sind entweder die Sparguthaben entsprechend höher aufzuwerten, oder es sind den Spargläubigern sonstige Vergünstigungen zu gewähren. Die Sparkasse ist außerdem berechtigt, vom Rechnungsjahr 1924 ab die Hälfte ihrer Ueberläufe der Teilungsmasse zuzuführen. Die aufgewerteten Sparguthaben müssen spätestens vom 1. Januar 1928 ab mit 3 Prozent, vom 1. Januar 1929 ab mit dem allgemeinen Sparanlagezinsfuß verzinst werden. Die Spargläubiger können die Rückzahlung ihrer Guthaben nicht vor dem 1. Januar 1929 verlangen. Für bedürftige und alte Sparer sind Ausnahmen zugelassen. Damit des Entgegenkommens der Ortsgemeinden, welche zur Aufwertung nicht verpflichtet, ohne Ausnahme die ihnen von der Sparkasse gewährten Darlehen, sowie für nach dem 15. Juni 1922 zurückbezahlt worden sind, mit 3 Prozent aufzuwerten, und mit der Prozentsatzigen Aufwertung der Schulden der eigenen Amtskörperschaft bei der Sparkasse ist es möglich, über den Mindestaufwertungssatz von 12 1/2 Prozent hinauszugeben und mit der Verzinsung der Aufwertungsguthaben schon am 1. Januar 1927 zu beginnen. Um ein richtiges Bild über die Ansprüche und Verpflichtungen der Sparkasse aus Aufwertungen zu bekommen, sind Forderungen und Schulden unter Dinzurechnung der Zinsen bis zum 1. Jan. 1928 berechnet worden.

Aus dieser Grundlage berechnet, beläuft sich die der Sparkasse zur Verfügung stehende Teilungsmasse auf 1. Ansprüche aus Hypothekendarlehen Mk. 645 709, 2. Restschuldenbehaftungsschuldforderung Mk. 3 200, 3. Darlehensaufwertung der eigenen Amtskörperschaft Mk. 110 075, 4. Darlehensaufwertung der Ortsgemeinden Mk. 110 615, 5. dergl. bezirksfremder Körperschaften usw. Mk. 17 540, insg. Mk. 910 239, dazu kam der Wert des Sparanlagegebäudes mit Mk. 30 000.

Der Goldmarkwert der Sparanlagen und Depositen ist berechnet auf 1 634 745 Mark. Der Bezirksrat hat am 25. Mai d. J. beschlossen, der Amtsversammlung vorzuschlagen, die so berechneten Sparguthaben zu 18 Prozent aufzuwerten und den Aufwertungsbetrag vom 1. Januar 1927 ab zu 3 Prozent zu verzinsen. Dazu wären nötig: Kapital 334 251 Mark, Zinsen bis zum 1. 1. 1928 133 128 Mark, insg. 467 379 Mark.

Für Verfügung stehen wie vorgetragen, 910 239 Mark, und der Wert des Sparanlagegebäudes mit 30 000 Mark, insg. 940 239 Mark, so daß aus laufenden Ertrübrungen der Sparkasse zur Verfügung zu stellen wären ca. 27 133 Mark, die sich um etwaige Ausfälle und Verluste vermehren können. Außerdem besteht die Sparkasse aus laufenden Mitteln die nicht unbedeutenden fortwährenden und künftigen Kosten der Aufwertungsgeschäftsabwicklung. Von den übrigen württ. Sparkassen wertet eine (Zinsbefreiung) zu 35 Proz., 13 zu 20 Proz., 2 zu 15 Proz., eine zu 17 Proz., 19 zu 15 Proz. und 20 zu 12 1/2 Proz. auf, so daß unter Aufwertungssatz als verhältnismäßig günstig bezeichnet werden kann. Von den umliegenden Sparkassen gibt Weisheim 5 %, Reutlingen 20 %, Calw 20 %, Pforzheim 15 % und Heidenstadt je 15 Proz. An alte und bedürftige Sparer sind bis jetzt zusammen 18 227 Mk. ausbezahlt worden.

Der Kauf eines Pianos ist Vertrauenssache!



Grosse Auswahl — bestbewährte Fabrikate — günstige Preise — bequeme Zahlungsbedingungen finden Sie bei uns.

Wir bitten daher um Ihren unverbindlichen Besuch.

**Schmid & Buchwaldt, Pforzheim.**

Poststrasse 1, Industriehaus.

„Es hat — wie haben — ich war einmal bei ihm in Zielung und mir haben uns nicht im Guten getrennt.“

„Also deshalb!“ sagte Sanders erleichtert. „Da hätten Sie doch wahrhaftig nicht zu einer Lüge zu greifen brauchen! Das ist häßlich! Ich habe ja keinerlei Interesse an Ihrem Privatleben, aber mit der Wahrheit kommt man immer am weitesten! Das müssen Sie sich merken. Es macht keinen guten Eindruck, wenn ein Mensch, insbesondere ein Mann, lügt!“

Mit einem kurzen Gruß entfernte er sich.

Als er den Auftrag gab, ihm ein Pferd zu fitteln, fiel es ihm ein, daß er seinen Hut in der Nordstern liegengelassen hatte. Er lief nochmals zurück, ihn zu holen.

Bei seinem Eintreten griff Martens eilig nach dem Taschentuch, das er in den Kermel seines Nachhemdes geschoben hatte, und fuhr sich über die Augen.

„Wahrhaftig, der Mensch hatte geweint.“ — Sanders Gefühl für ihn schlug wieder in Mitleid um.

„Ich habe es nicht böse gemeint, Martens.“ sagte er freundlich und nahm seinen Hut vom Stuhle auf. „Wenn Sie jetzt gesund wären, könnten Sie mitkommen!“

„Was für ein Pferd reiten Sie, Herr Doktor.“ kam es schüchtern.

„Den „Nordstern“.“

„Den „Nordstern“ sollten Sie nicht nehmen, Herr Doktor! — der ist nicht verlässlich. Bitte, nehmen Sie ein anderes.“

„Seien Sie nicht komisch!“ lachte Sanders. „Glauben Sie, ich sei ein schlechterer Reiter als Sie? Sie haben ihn ja doch auch schon zu duhenden Malen unter dem Sattel gehabt. Ich habe es selbst gesehen, wenn Sie immer die Post zur Station brachten. Sie scheinen überhaupt eine sehr geringe Meinung von mir zu haben! Die Würde wollten Sie sich nicht verbinden lassen, weil Sie mich wahrscheinlich für einen Pflücker halten, nun soll ich den „Nordstern“ nicht reiten, weil Sie der Ansicht sind, er wirkt mich ab, — ich weiß nicht, wie ich das auffassen soll!“

„Wenn Sie den „Nordstern“ reiten, werde ich abends wieder Fieber haben, Herr Doktor! Ich rege mich auf! Die ganze Zeit, die Sie unterwegs sind, werde ich keine Ruhe finden!“

(Fortsetzung folgt.)







wogate der Landung bei. Nach der Ankunft erfolgte zunächst die Schlichtung der Dornier-Metalldosen, wo man einige Maschinen vom See aufsteigen ließ. Die Amerikaner waren darüber sehr befreit und Herr Levine erkundigte sich als praktischer Geschäftsmann eingehend nach den Breiten. Dann wurde der Luftschiffbau Zeppelin begrüßt, die ganze Welt und das Zeppelinmuseum befragt. Auch hier große Befriedigung der Amerikaner, die nach einem von Dr. Gdener geleiteten Jubel- und einem Glas Cherry kurz vor 12 Uhr die Weiterfahrt vom Flughafen Loewental nach Böhlingen antraten. Hier trafen sie um 12.45 Uhr ein. Ministerialrat Kälin überreichte Chamberlin namens des Luftfahrtverbandes einen großen Lorbeerkranz. Der Oberamtmann von Böhlingen und Stadtschreiber Kraut begrüßte ebenfalls die Flieger, desgleichen der amerikanische Konsul in Stuttgart, Kehl. Der Afrikaflieger Mittelholzer, der in Böhlingen erwartet worden war, kam nicht; er war von Berlin nach Jülich geflogen. Chamberlin und Levine begaben sich nach dem Empfang in Böhlingen in einem mit Blumen und dem Sternennbanner geschmückten Auto nach Stuttgart und trafen um 1/2 Uhr im Landtag ein, der ihnen einen schönen und würdigen Empfang bereite. Begleitet von Konsul Kehl wurden sie von Präsident Körner in den Saal geleitet und von den Abgeordneten, die sich von den Seiten erhoben hatten, mit Händelkränzen und lebhaften Bravorufen empfangen. Präsident Körner hielt dann an die Flieger eine Ansprache, worin er betonte, daß der württembergische Landtag als die bewährte Vertretung des württembergischen Volkes nicht fehlen wollte in der Reihe derer, die sie auf schwäbischem Boden herzlich willkommen heißen. Der Präsident begrüßte die Flieger zum Gelingen ihres kühnen Fluges, ihrer Ausdauer, ihrem Mut, ihrer ausgezeichneten Mannesart, wünschte ihnen glückliche Stunden in Stuttgart und gab ihnen den Auftrag mit, in ihrer amerikanischen Heimat, mit der das Schwabenland durch so viele enge familiäre Bande verknüpft ist, herzliche Grüße auch vom württ. Landtag zu bestellen. Der Abg. Dr. Mantel wiederholte die Rede in englischer Sprache. Konsul Kehl dankte im Namen der Flieger, die dann unter Bravorufen und Händelkränzen den Saal verließen, um sich zum Rathaus zu begeben. Die Fahrt dorthin gestaltete sich zu einem wahren Triumphzug. Eine riesige Menschenmenge bereite die Flieger einen begeisterten Empfang und sie erwiderten durch Hinwinken dankend die Grüße der Bevölkerung. Kurz vor 2 Uhr betrat Chamberlin und Levine mit Konsul Kehl das Zimmer von Oberbürgermeister Dr. Lautenschlager, der hervorhob, daß die Stuttgarter, in deren Stadt der erste Weltwinger der Luft, Graf Zeppelin, begraben liegt, ihre Fahrt mit besonderer Teilnahme verfolgten. Der Oberbürgermeister dankte für den Besuch und begrüßte die Flieger aufs herzlichste. Dann wünschte er ihrem Wohl und ihrer Gesundheit einen Ehrentrunk schwäbischen Weines, wobei er unter großer Beifalltätigkeit Wohl mit Erlaubnis des Herrn Konsuls. Nach Empfang des Ehrentrunks, einem kleinen Frühstück und kurzer Unterhaltung traten die Flieger, auf den Straßen wieder enthusiastisch begrüßt, zum Bahnhofsturm. Hier fand die offizielle Begrüßung durch die württembergische Regierung im engsten Kreise statt. Nur 12 Personen nahmen im Turmrestaurant an dem zu Ehren der Flieger gegebenen Mahle teil. Kurz nach 2.15 Uhr in den Schwäbischen Uranium-Lichtspiel (Wapalast) eine Festvorstellung in vollbesetztem Saal zu Ehren der Flieger. Die Vorstellung bestand in der Vorführung von Lichtbildern über ihren Flug. Vor dem Wapalast fand eine große Menschenmenge, die die Flieger erwartete. Sie trafen um 3.30 Uhr ein, wurden von Direktor Vogel empfangen und an ihren mit dem Sternennbanner geschmückten Ehrenplatz geführt, wobei ihnen die Zuschauermenge fürmische Ovationen bereite. Dann kam der Film „Der Oceanflug Chamberlins nach Deutschland“ zur Vorführung. Darauf zeigten sich die Flieger nochmals auf der Bühne, erhielten von einem kleinen Mädchen einen Blumenkranz und traten um 4 Uhr in Begleitung des amerikanischen Konsuls und von Ministerialrat Kälin die Rückfahrt nach Böhlingen an, von wo sie gegen 5 Uhr nach Frankfurt starteten.

**Deutscher Reichstag.**  
**Berlin, 15. Juni.** In der heutigen Sitzung des Reichstags wird nach längerer Geschäftsordnungsdebatte zunächst ein von den Volksräten und mehreren Deutschnationalen eingebrachter Antrag auf Einstellung des Strafverfahrens gegen den völkischen Abgeordneten Henning wegen Aufhebung der Steuererweigerung dem Geschäftsordnungsaußenrat übergeben. Ohne Ausdrücke finden dann in allen drei Lesungen das deutsch-französische Abkommen über Grenzabgaben, der deutsch-holländische Freundschafts- und Handelsvertrag und das deutsche lettlandische Zantitätsabkommen Annahme. Auf der Tagesordnung stehen dann eine demokratische Interpellation und ein kommunistischer Antrag, die sich gegen die geplante Vortorhebung richten, außerdem ein aus dem gleichen Anlaß gegen den Reichspostminister gerichteter Mißtrauensantrag. Abg. Torgler (Komm.) erklärt bei Begründung des kommunistischen Antrags, der Reichspostminister wolle aus der Post eine Profitanstalt machen, was das schärfste Mißtrauen gegen ihn rechtfertige. Abg. Dr. Raschig (Dem.) weist darauf hin, daß der Reichstag zwar in Fragen der Vortorhebung nicht zuständig sei, nicht aber, daß der Verwaltungsrat der Post und der Minister an einem Bes. des Reichstags nicht vorbegehen könnten. Kein Reich könne sich die Folgen einer Vortorhebung vorstellen. Unverständlich sei, daß der Minister keine Auslandsanleihe aufnehmen wolle. Im gegenwärtigen Moment sei eine Vortorhebung nicht erforderlich. Auch Abg. Laubadel (Soz.) erklärt, daß eine Notwendigkeit für die starke Vortorhebung nicht zu erkennen sei. Man wolle mit ihr lediglich das Loch im Reichsfiskus füllen, das durch die finanzielle Mißwirtschaft unter Führung der Deutschnationalen entstanden sei. Mit einer Auslandsanleihe und der Heranziehung der Reserven sei die notwendige Erhöhung der Beamtengehälter rückwirkend ab 1.4. möglich. Reichspostminister Dr. Schädel wies darauf hin, daß er wiederholt im Reichstag und im Ausschuss gesagt habe, daß die Finanzlage der Reichspost zwar gesund, aber gespannt sei. Er habe auch gesagt, daß das 10 Bg.-Bortis dem heutigen Geldwert nicht mehr entspreche. Inzwischen habe sich die Finanzlage der Post weiter verschärft. Eine Auslandsanleihe halte er wegen der Gefahr der Ueberfremdung des Reichswährungsens für national bedenklich. Durch die Verbesserung der Verteilung, die technischen Verbesserungen und die geplante Erhöhung der Beamtenbesoldung würden der Post Mehrausgaben von 400 Millionen erwachsen, denen durch die vom Verwaltungsrat genehmigte Form der Gebührenerhöhung nur 200 Millionen Mehreinnahmen gegenüberstünden, sodas noch 200 Millionen durch andere Maßnahmen gedeckt werden müßten. Das Gehalt der Inflation brauche wegen der Gebührenerhöhung nicht herauszufallen zu werden. Er könne auch versichern, daß die Post eine Entlastung der Vermögenspropheten beabsichtige. Abg. Leicht (N. B.) gibt für förmliche Regierungsparteien eine Erklärung ab in der betont wird, daß nach dem Reichspostministerium der Reichstag für Fragen der Vortorhebung unzuständig sei, weshalb die Regierungsparteien die gestellten Anträge ablehnten, obwohl sie die schwere Belastung der Wirtschaft nicht verkennten. Im übrigen erwarten die Regierungsparteien, daß baldigst die Vermögenspropheten entlastet werden. Abg. Wolzath (N. B.) bedauert die Form der Erklärung der Regierungsparteien und erklärt, keine Partei könne der Verlage des Postministeriums nicht zustimmen, da der deutsche Mittelstand die neuen Lasten nicht tragen könne. Auch Abg. Dietrich-Franken (N. B.) und Abg. Seanning (Völk.) sprechen sich gegen die Gebührenerhöhung aus. Reichspostminister Schädel erklärt dann in Beantwortung einer Anfrage, von einem Plan die Reichspost für Reparationsleistungen heranzuziehen, sei wieder ihm, noch irgend einem Mitglied des Reichstags nichts bekannt. — Darauf wird der sozialdemokratische Antrag auf Zurückziehung der Vortorhebungsvorlage mit 175 gegen 171 Stimmen angenommen. Das Abstimmungsergebnis wird von den Oppositionsparteien mit lauten Kundgebungen begrüßt. Der kommunistische Mißtrauensantrag gegen den Reichspostminister wird dagegen in namentlicher Abstimmung mit 327

gegen 35 Stimmen bei drei Stimmenthaltungen abgelehnt, worauf sich das Haus auf morgen nachmittags 3 Uhr vertagt.  
**Das Urteil im Prozeß Kowerde.**  
**Warschau, 15. Juni.** Der Angeklagte Boris Kowerde wurde zu schwerem Gefängnis ohne Fristangabe verurteilt und jeglicher Bürgerrechte für verlustig erklärt. Gleichzeitig hat das Gericht beschlossen, sich an den Staatspräsidenten mit der Bitte zu wenden, daß dem Verurteilten diese Strafe in eine 15jährige schwere Gefängnisstrafe vermindert wird.  
**Die Remelfrage vor dem Völkerrund.**  
**Genf, 15. Juni.** Zur Remelfrage gab heute im Völkerrundrat der litauische Ministerpräsident Saldemaras eine Erklärung ab, in der es heißt: „Die litauische Regierung legt Wert darauf, schon jetzt zu erklären, daß es nicht in ihrer Absicht liegt, das Remelgebiet ohne Volksvertretung zu lassen. Sie ist sich ihrer Pflicht und ihrer Verantwortung vollumfänglich bewußt. Die Regierung wird daher die erforderlichen Maßnahmen treffen, damit die Wahl n für den Landtag spätestens gegen September 1927 stattfinden. Die litauische Regierung kann zu ihrer Freude feststellen, daß die Haupt Schwierigkeit, die die Wahlen verzögert hätte, endlich überwunden ist. Hinsichtlich der Autonomie der Remelgebietes, wie sie im Status festgelegt ist, liegt die litauische Regierung fest entschlossen, alles was an ihr liegt, zu tun, damit die Autonomie wirksam wird und sich behaltlich Völkerrundrat. Zusammensetzung des Landtags und Bildung des Direktoriums auf demokratischer Grundlage wird nicht im Rahmen der Regierung, der ich vorstehe, kann ich das eine erklären: die politischen und sonstigen Rechte des Remelgebietes, die Rechte der juristischen und natürlichen Personen werden diesen in vollem Maße gewährt werden.“ Darauf erklärte der deutsche Außenminister Dr. Stresemann u. a.: „Angeht die von dem Herrn Ministerpräsidenten Saldemaras nunmehr im Namen seiner Regierung abgegebenen Erklärung glaube ich meinerseits auf der jetzigen Ratstagung darauf verzichten zu können, daß die Angelegenheit weiter behandelt wird. Ich hoffe, daß durch die in Aussicht gestellten Maßnahmen der litauischen Regierung mit größter Beschleunigung derjenige Zustand hergestellt wird, der dem Status entspricht.“  
**Stresemann über die Abrüstung.**  
**Genf, 15. Juni.** Bei Behandlung der Arbeiten des vorbereitenden Abrüstungskonferenzen im Völkerrundrat gab heute vormittags Dr. Stresemann folgende Erklärung ab: „Wir alle haben mit großem Interesse, aber auch mit gewissen Bedenken die Arbeit verfolgt, die der vorbereitende Abrüstungskonferenz bisher vollbracht hat. Ohne diese bis jetzt geleistete Arbeit zu unterschätzen, müssen wir sagen, daß der vorbereitende Ausschuss nicht inlande gewesen ist, die Lösung dieses Problems sehr weit zu fördern. Ich glaube, es ist notwendig, daß eine grundlegende Veränderung durchgeführt werden muß, wenn die zweite Sitzung nicht mit einem Heilschlag enden soll, der dem Ansehen des Völkerrundrats abträglich wäre. Das Abrüstungsproblem ist eine der wichtigsten Aufgaben des Völkerrundrats und auf seiner Lösung beruht in weitgehendem Maße die ganze Wirksamkeit des Völkerrundrats. Die Lösung, die noch vor wenigen Jahren einfach auslag, scheint dem Bericht zufolge auf einen fernliegenden Zeitpunkt vertagt. Nach dem Valt haben alle Völkerrundratsmitglieder die Verpflichtung, ihre Kräfte zu vermindern, und eine Aufgabe durchzuführen, die sofort hätte ausgeführt werden müssen, auch wenn sie nicht in der Völkerrundratsversammlung festgelegt wäre, weil sowohl die Existenz, wie die Tätigkeit des Völkerrundrats von der allgemeinen Abrüstung abhängen. Ich will hier nicht die Gründe wiederholen, die die Abrüstung zu einer dringenden Aufgabe machen. Sie wurden im vergangenen März und April zu Genüge dargelegt, aber ich möchte die Aufmerksamkeit aller Völkerrundratsmitglieder auf die Wichtigkeit der Schriftstücke lenken, die vor uns liegen, und ich möchte die Hoffnung ausdrücken, daß die Erörterungen der Völkerrundratsversammlung im September dem Abrüstungsproblem einen neuen Anstoß geben, damit hierdurch der ehrliche Wille für die Abrüstung und zur Durchführung von Artikel 8 des Völkerrundratspaktes erstrebt wird.“

## Überseereisen



Regelmäßige Personen- und Frachtdienste nach Nordamerika, Mittelamerika, Südamerika, Ostasien, Australien und Afrika

### Nach Canada

— HALIFAX —  
**Dampfer „Cleveland“**  
 ab Hamburg 7. Juli

Vergnügungs- und Erholungsreisen, wie Fjord- und Polarfahrten, Reisen um die Welt, Westindien-Reisen

Interessenten erhalten Auskünfte und Prospekte kostenlos durch die


**Hamburg-Amerika Linie**  
 HAMBURG 1 + ALSTERDAMM 25  
 und  
 die Vertretungen an allen größeren Plätzen des In- und Auslandes.  
**Vertretung in Wildbad:**  
 Chr. Schmid & Sohn, König Karl-Strasse 68.

**Zentral-Krankenkasse der Gold- u. Silberarbeiter, Verwaltungsstelle Birkenfeld.**

Wegen der bevorstehenden Kassenterrition durch den Hauptvorstand bitten wir unsere Mitglieder, die mit ihren Beiträgen noch im Rückstand sind, dieselben zu begleichen.  
**Vorstand: R. A. Roth.**

**Neuenbürg.**

### Hochzeits-Einladung.

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am

**Samstag, den 18. Juni 1927**  
 im Gasthof „Bären“ in Neuenbürg  
 stattfindenden

### Hochzeits-Feier

freundlichst einzuladen mit der Bitte, dies als persönliche Einladung entgegenzunehmen zu wollen.

**Erwin Reumler, Emma Igel,**  
 Neuenbürg. Neuenbürg.

Rückgang um 1/2 Uhr.

**Birkenfeld.**

Heute

### Schlachtpartie

wozu freundlichst einladet  
**Karl Vollmer**  
 zum „Hohenzollern“.

**Birkenfeld.**

### Hypotheken-Kapital

in jeder Höhe auf Grund, Gebäude, Geschäftshäuser, sowie

### Kommunal-Darlehen

sind zu vergeben. Zu erfragen  
 Hotel Schwarzwaldrand, Birkenfeld.

### Neuer Taschensfahrplan

Große Ausgabe M. 1.50, kleine Ausgabe 80 Pfg.  
 vorrätig in der

**C. Mehl'schen Buchhandlung.**

**W. Forstamt**  
 Herrenalb-West.

### Beigeholz-Verkauf

am Samstag den 18. Juni 1927, vormittags 10 Uhr, in Herrenalb im „Baldhorn“, anschließend an den Verkauf des Forstamts Herrenalb-Ost, aus Staatswald Distr. I u. II: Scheidholz; Nm.: 6 Eichen, 4 Buchen und 158 Nadelholz-Anbruch. Losverzeichnis durch das Forstamt.

Wollen Sie für Ihre

### Aussteuer

und zum täglichen Gebrauch

### ein gutes Bettuch,

so bestellen Sie sogleich per Nachnahme mein Ia Halbleinen-Bettuch

### Frauenlob

150/225 gross zu dem billigen en gros Preis

von Mk. **5<sup>85</sup>** das Stück.  
 Kann auf Wunsch auch grösser geliefert werden.  
 Bei Bestellung von 6 St. an portofrei.  
**Streng reelle Bedienung.**  
**Joh. Kressel,**  
**Pforzheim, Telef. 3175.**  
 Genossenschaftstr. 11.  
 Schriftl. Heimarbeit  
 Vitalis-Verlag, München 4221.

### Geflügel- u. Kaninchen-Züchter-Verein

Neuenbürg a. Gz.

Der von der General-Versammlung beschlossene Besuch der Geflügelarm- u. Brutankalt der Fa. Pfannkuch & Co., Karlsruhe Ruppurr, findet am **Sonntag, den 19. Juni d. J.** statt, wozu die Mitglieder des Vereins hiermit eingeladen werden. Nichtmitglieder können ebenfalls teilnehmen. Abfahrt per Bahn Sonntag morgen 5.42 Uhr (Hauptbahnhof).

**Der Ausschuss.**  
 Neuenbürg.

### Sonigschlender

zu kaufen gesucht.

**Feiler.**  
 Wildbad.  
 Zweites, erfahrenes, tüchtiges

### Zimmermädchen

für bald bei gutem Lohn gesucht von

**Dr. Lorenz,**  
 Villa „Fürst Widmar“,  
**Rix-Felle**  
 werden zu allerhöchsten Tagespreisen angekauft bei  
**H. & S. Gilt, Pforzheim,**  
 Metzgerstraße 21.

### Benz Lastwagen,

45 PS., 3-4 Tonnen, elektrische Lichtanlage, bereits neue Glastübereinigung, in allen Teilen nachgesehen, absolut betriebssicher, billig zu verkaufen.

**Georg Kaiser, Pforzheim,**  
 Gymnasiumstr. 135.